Es gibt zu wenig gute, kindgerechte Schulen
Soziale Medien machen Kinderseelen krank
SonntagsZeitung vom 24. 11. 2019

Die Geschichte des 13-jährigen Mädchens, das nach einem Autounfall und dem Tod des Onkels an psychisch bedingten Kopfschmerzen litt, die mittels Psychotherapie erfolgreich behandelt werden konnten, zeigt exemplarisch die Bedeutung von psychiatrisch-psychotherapeutischen Behandlungen von Kindern und Jugendlichen. Ohne diese Therapie würde die Jugendliche sehr wahrscheinlich weiter an den Kopfschmerzen leiden, deswegen in der Schule fehlen und Freizeitaktivitäten aufgeben. Auf längere Sicht wären Berufsausbildung und soziale Integration gefährdet. Und sehr wahrscheinlich würden wiederholte teure technische Untersuchungen durchgeführt. Dr. med. Monika Diethelm-Knoepfel, Uzwil SG

Der Stress der Kinder kommt nicht nur von der digitalen Welt, er kommt auch daher, dass es zu wenig gute, kindgerechte Schulen gibt. Dieser Jahrgangsklassenblödsinn vor allem. Nichts auf der Welt ist zur gleichen Zeit gleich weit: keine Steine, keine Bäume, keine Pflanzen, keine Tiere, keine Menschen. Dann erst noch gepaart mit diesen unzähligen, für den Schulbetrieb katastrophalen Teilzeitstellen in der Volksschule und dieser Unterstützungsindustrie. Da wird normal entwicklungsbedingtes Verhalten pathologisiert, es werden Krankheiten erfunden, Therapeuten ausgebildet – und dann braucht es Opfer. Nebenbei werden schon wieder die teuren Teilzeitstellen bedient. Gute Lehrpersonen, am besten 50-Prozent-Lehrerinnen und -Lehrer, können problemlos mit allen Kindern arbeiten, mit wenigen Ausnahmen, wo Unterstützung sinnvoll ist. Wieso macht man nicht mal Reformen, die den Kindern nützen, nicht nur den Lehrpersonen und den Hilfsdiensten? Reisst die Schulwände ein! Macht grosse Klassen, mit 60 Lernenden oder auch mehr, zusammen mit drei Lehrpersonen in Ganzjahres- und Ganztagesschulen. Dann können Schüler von Schülern lernen – das Beste, was es gibt. Dann werden Migrations- und Flüchtlingskinder viel schneller integriert, sozialisiert, und sie lernen viel schneller. Dann kann man auch diese von der Gesellschaft geforderten Teilzeitstellen ohne Schäden für die Kinder integrieren. Als Tüpfelchen auf dem i könnte man dann auch problemlos die Schüler (und Eltern) ihre Ferien selber bestimmen lassen. Das wäre ein Beitrag für die Vereinbarkeit von Schule und Beruf. Konrad Kals, Heiligkreuz SG

Foto: Keystone

«Reisst die Schulwände ein! Macht grosse Klassen, mit 60 Lernenden oder auch mehr. Dann können Schüler von Schülern lernen»

Konrad Kals, Heiligkreuz SG

Die Überforderung, Unsicherheit und Einsamkeit des Kindes beginnt schon mit dem falsch gekauften, nach vorne ausgerichteten Kinderwagen und nicht erst mit dem Einzug des Digitalen in die Welt des Kindes. Die Kinder sind ohne Blickkontakt zu der den Wagen stossenden Mutter unterwegs. Mir ist ein Rätsel, wie die Kinderwagenindustrie derart am Bedürfnis der Kinder und Mütter vorbeiproduzieren kann. Ohne einander anlächeln zu können, werden die Kinder durch die Gegend geschoben. Anstatt mit dem Kind über die Katze am Strassenrand zu plaudern, schaut die sich langweilende betreuende Person in ihr Handy. Die geschenkte Zeit während des Spazierens zur Festigung und Bestätigung der gegenseitigen Liebe und Beziehung verstreicht so ungenutzt. Die Kinderseele hat ein Grundbedürfnis nach Sicherheit, und mit Blickkontakt würde dieses gestillt. Und wie lange braucht man einen Kinderwagen? Genau während der ersten drei Jahre – der wichtigsten im Leben eines Kindes. Heidi Gehri, Pfäffikon ZH

Wie schizophren muss man sein?
Aids-Hilfe boykottiert Gay-Magazin
SonntagsZeitung vom 24. 11. 2019

Der Co-Präsident des Komitees «Sonderrechte Nein» und Vorstandsmitglied der SVP Dielsdorf, selbst schwul, hat im Gay-Magazin «Display» das Inserat gegen die Ausweitung der Strafnorm initiiert. Zu Recht hat die Aids-Hilfe sich dagegen aufs Schärfste verwahrt und dem Magazin jegliche Zusammenarbeit gekündigt. Und nun heulen der Genannte sowie andere schwule SVP-Politiker «linker Gesinnungsterror» und wollen der Aids-Hilfe die Bundesmittel entziehen. Das wirklich Verstörende an der ganzen Angelegenheit ist, dass es nicht irgendwelche SVPler sind, von denen einen ja nachgerade nichts mehr wundert, die dieses Inserat in einem Gay-Magazin publiziert haben, sondern Betroffene, sprich Männer, die selber schwul und damit potenzielle Opfer sexueller Diskriminierung sind. Ich wage zu behaupten, dass jeder schwule Mann und jede lesbische Frau in ihrem Leben schon die Erfahrung hat machen müssen, wegen seiner oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert und angefeindet worden zu sein. Wie schizophren muss man sein, um sich in einem Komitee zu engagieren, das sich gegen die rechtliche Verbesserung der ureigenen Situation stellt? Was muss passieren, dass solche Leute merken, wie verletzlich sexuelle und andere Minderheiten sind? Eine Ausweitung der Anti-Rassismus-Strafnorm auch auf die sexuelle Orientierung ist leider auch heutzutage immer noch dringend notwendig. Pascale Poulin, Romanshorn TG

Das ist unfassbar und macht mich sprachlos
Die Schweiz, die UNO und der Club der Despoten
SonntagsZeitung vom 24. 11. 2019

Dass die vielen Israel- und Judenhasserstaaten in der UNO-Generalversammlung regelmässig Israel verurteilen, ist leider seit langem bekannt. Erstaunlicherweise machen dabei auch viele westliche Staaten mit, ohne je einen der vielen Unrechtsstaaten zu verurteilen. Dass aber ausgerechnet die «neutrale» Schweiz vorletzte Woche von acht Anti-Israel-Resolutionen sieben zustimmte, ist unfassbar und macht mich sprachlos. Was läuft da falsch im EDA? Damals, bei der UNO-Volksabstimmung, wurde bei einem Beitritt der Schweiz versprochen, dass die UNO eine vernünftige Stimme mehr bekommen würde; offenbar ist das Gegenteil eingetroffen, ich schäme mich für die Schweiz. Manfred Kummer, Goldiwil BE

Was ich nicht verstehe, ist, dass Israel mit seiner illegalen Siedlungspolitik keine Sanktionen seitens der sogenannten Rechtsstaaten befürchten muss. Russland und dem Iran werden Sanktionen auferlegt. Israel tut schon seit Jahrzehnten das, was Russland mit der Ukraine tut. Es gab kein Pardon, gegen Russland Sanktionen zu verhängen. Wo aber bleiben die Rechte der Palästinenser? Woher nehmen die USA das Recht, diese Annexion zu legalisieren? Verena Fuchs, Zürich

Rico Bandle deckt in seinem Beitrag schonungslos auf, wie die Schweiz in der UNO offensichtlich ein sehr mutloses und eher opportunistisch ausgerichtetes Abstimmungsverhalten an den Tag legt. Der Bericht macht auch deutlich, dass die UNO von Korruption unterwandert ist. Die ganz nüchterne Feststellung des Autors belegt, dass Diplomatie immer auch ein Tauschhandel ist und dass, wer eigene Anliegen durchbringen will, immer Gegenleistungen erbringen muss. Offensichtlich ist in diesen Kreisen das im Impeachment-Verfahren von US-Präsident Donald Trump so im Fokus stehende Quidproquo-Prinzip unter Diplomaten Courant normal. Auch die EU wendet das Quidproquo in den Verhandlungen mit der Schweiz ganz ungeniert und ohne schlechtes Gewissen regelmässig an. Wieso macht man dann in den USA um diesen Begriff so ein Riesentheater? Wird da mit verschiedenen Ellen gemessen? Claudio Bachmann, Basel

Der Artikel ist leider nicht objektiv und sogar irreführend. Er argumentiert nämlich pauschal, dass die Schweiz in New York und in Genf bei UNO-Resolutionen über eine in einem Staat besorgniserregende Situation immer «politisch» abstimmt. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang hauptsächlich die sogenannten Anti-Israel-Resolutionen, die unser Land seit vielen Jahren unterstützt. In Wahrheit stützt sich die Schweiz, um ihre Position zu bestimmen, grundsätzlich immer auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen, die wir und der betroffene Staat eingegangen sind. Die Schweiz stimmt zum Beispiel für die Resolutionen zu Israel, weil dieser Staat in den besetzten palästinensischen Gebieten das 4. Genfer Abkommen von 1949 über Zivilpersonen in Kriegszeiten grob verletzt. Die langjährigen schweizerischen Nahostpositionen entsprechen jenen der anderen europäischen Länder und werden jeweils vom Departementschef autorisiert. Und der UNO-Menschenrechtsrat hat letzten März, anders als fälschlicherweise behauptet wird, keine Resolution

Fortsetzung — 27

Schreiben Sie uns

Leserbriefe werden nur mit vollständiger Absenderadresse (auch via E-Mail) akzeptiert.
Bitte an folgende Adressen:
SonntagsZeitung,
Leserseite, Postfach, 8021 Zürich
(Fax 044 248 47 48) oder
leserseite@sonntagszeitung.ch.
Aus Platzgründen erlauben wir uns, eingehende Leserbriefe online zu veröffentlichen.
Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen.
Korrespondenz darüber wird keine geführt.
Redaktionsschluss ist jeweils am Mittwoch, 12 Uhr. Leserbriefe müssen sich auf Artikel beziehen.
Folgen Sie uns:

facebook.com/sonntagszeitung
instagram.com/sonntagszeitung.ch
twitter.com/sonntagszeitung

Impressum

www.sonntagszeitung.ch
Herausgeberin: Tamedia AG, Zürich
Verleger: Pietro Supino

Redaktion
Chefredaktor: Arthur Rutishauser
Mitglied der Chefredaktion: Armin Müller
Redaktionsleitung: Andreas Kunz, Thomas Speich
Leitung der Tamedia Editorial Services: Viviane Joyce

Publishing Services: Dominic Geisseler (Leitung)
Nachrichten/Fokus: Andreas Kunz, Thomas Speich (Co-Leitung)
Textchef: Rico Bandle
Recherche-Desk (SonntagsZeitung, Le Matin Dimanche): Thomas Knellwolf, Oliver Zihlmann (Co-Leitung)
Bundeshaus: Denis von Burg (Leitung)
Wirtschaft: Peter Burkhardt (Leitung)
Gesellschaft: Bettina Weber (Leitung)
Wissen: Nik Walter (Leitung)
Kultur: Guido Kalberer (Leitung)
Services: Giuseppe Wüest (Leitung), Christoph Ammann (Leitung Reisen), Dieter Liechti (Auto)
Produktion: Raphael Diethelm (Leitung)
Layout: Andrea Müller (Leitung Layout TES), Tobias Gaberthuel (Stv. Leitung, AD SonntagsZeitung)
Infografik: Jürg Candrian
Fotoredaktion: Olaf Hille (Leitung)
Korrektur: Rita Frommenwiler (Leitung)
Sportredaktion: Ueli Kägi (Sportchef)
Redaktion: 044 248 40 40

Verlag
SonntagsZeitung, Verlag, Werdstr. 21, 8021 Zürich
Telefon 044 248 41 11,
Fax 044 248 42 72,
verlag@sonntagszeitung.ch
Leitung Verlag: Marcel Tappeiner
Tamedia Advertising: Philipp Mankowski (Chief Sales Officer), Adriano Valeri (Head of Advertising)
Anzeigen: SonntagsZeitung, Anzeigenadministration, Werdstr. 21, 8021 Zürich
Telefon 044 248 40 11,
Fax 044 248 42 52,
anzeigen@sonntagszeitung.ch
Abo-Service
Tamedia AG, Abo-Service SonntagsZeitung, Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 404 64 40,
Fax 044 404 69 06,
abo-service@sonntagszeitung.ch
(Mo–Fr 8.00–12.00 und 13.15–17.00)
Abonnemente:
Einzelnummer Fr. 5.–
1 Jahr Fr. 224.– (52 Ausgaben)
Weitere Abo-Angebote auf abo.sonntagszeitung.ch
Digital-Einzelnummer Fr. 3.–
Digital 1 Jahr Fr. 120.– (52 Ausgaben)
Technische Herstellung
DZZ Druckzentrum, Zürich AG
Ombudsmann der Tamedia
Ignaz Staub, Postfach 837, CH-6330 Cham 1,
ombudsmann.tamedia@bluewin.ch

Neben den klassischen Formen von Werbung erscheinen in den Medien von Tamedia zwei Formen von Inhaltswerbung:
Paid Post: Im Zentrum steht in der Regel das Produkt oder die Dienstleistung des Werbekunden. Die Erscheinungsform hebt sich vom Layout des Trägertitels ab. Diese Werbemittel sind mit «Paid Post» gekennzeichnet.
Sponsored: Der Inhalt orientiert sich in der Regel an einem Thema, das in einer Beziehung zum Produkt oder zur Dienstleistung des Werbekunden steht und journalistisch aufbereitet wird. Dieses so genannte Native Advertising ist mit dem Layout des Trägertitels identisch und wird mit «Sponsored» gekennzeichnet.
Beide Werbeformen werden vom Team Commercial Publishing hergestellt. Die Mitarbeit von Mitgliedern der Tamedia-Redaktionen ist ausgeschlossen. Weitere Sonderwerbeformen oder Formen der Zusammenarbeit mit Kunden, etwa im Bereich Reisen oder Auto, werden gesondert ausgewiesen.

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Tamedia AG i.S.v. Art. 322 StGB: Actua Immobilier SA, Adagent AG, autoricardo AG, 20 minuti Ticino SA, Adextra AG, Basler Zeitung AG, Berner Oberland Medien AG BOM, BOOK A TIGER Switzerland AG, CIL Centre d'Impression Lausanne SA, DJ Digitale Medien GmbH, Doodle AG, Doodle Deutschland GmbH, dreifive AG, Konstanz, dreifive GmbH, Wien, dreifive (Switzerland) AG, DZB Druckzentrum Bern AG, DZZ Druckzentrum Zürich AG, Edita S.A., Goldbach Audience Austria GmbH, Goldbach Audience (Switzerland) AG, Goldbach Austria GmbH, Goldbach Digital Services AG, Goldbach DooH (Germany) GmbH, Goldbach Germany GmbH, Goldbach Group AG, Goldbach Management AG, Goldbach Media Austria GmbH, Goldbach Media (Switzerland) AG, Goldbach SmartTV GmbH, Goldbach TV (Germany) GmbH, Goldbach Video GmbH, Homegate AG, ImmoStreet.ch S.A., Jaduda GmbH, JobCloud AG, Jobsuchmaschine AG, Jointvision E-Services GmbH, LC Lausanne-cités S.A., Meekan Solutions Ltd., MetroXpress Denmark A/S, Neo Advertising AG, Olmero AG, ricardo.ch AG, ricardo France Sàrl, Schaer Thun AG, Société de Publications Nouvelles SPN SA, Starticket AG, swiss radioworld AG, Tamedia Espace AG, Tamedia Publications romandes SA, Trendsales ApS, Verlag Finanz und Wirtschaft AG, Zürcher Oberland Medien AG, Zürcher Regionalzeitungen AG

Eine Marke von Tamedia

Fortsetzung

über die Lage in Saudiarabien angenommen. Es gab nur eine Deklaration über die kritische Menschenrechtslage in diesem Land, die im Namen von vielen Staaten gelesen wurde. Leider wollte Bundesrat Ignazio Cassis diese Deklaration nicht mittragen.

Jean-Daniel Vigny, Ittigen BE

Natürlich muss die UNO, wenn sie glaubwürdig bleiben will, alle menschenrechtsverletzenden Regimes verurteilen, auch wenn mit solchen Ländern gute Geschäfte gemacht werden – etwa mit Saudiarabien. Auch die wiederholte Verurteilung Israels durch die UNO ist gerechtfertigt. Im Artikel könnte der Eindruck entstehen, diese Verurteilungen Israels seien nicht gerechtfertigt gewesen, da die Anträge von menschenrechtsverletzenden Staaten kamen: von Nordkorea, Venezuela, Saudiarabien. Es ist auch für Israel wichtig, dass die repressive Politik dieses Landes auf der Westbank von der UNO nicht akzeptiert wird. Der Weg zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern kann nicht erreicht werden, indem immer neue Siedlungen auf der von Israel besetzten Westbank gebaut werden und die Palästinenser dort, und vermehrt auch Araber im israelischen Kernland, einem Apartheidregime unterworfen werden.

Heinrich Frei, Zürich

Foto: Esther Michel

«Es scheint, dass unsere Gesellschaft das Sterben, den Tod, aus dem Leben verbannt hat und alles versucht, um dieses irgendwie zu überwinden. Aber wollen wir denn wirklich ewig leben?»

Susanna Geser, Biel

Leider ist meine Erfahrung so ganz anders
«Manche verdrängen den Tod bis zum letzten Atemzug»
SonntagsZeitung vom 24. 11. 2019

Als spirituell wache Seniorin verwundert es mich sehr, dass in diesem Gespräch «Spiritual Care» kein Thema ist. Sicher bin ich nicht die einzige Person, die sich auch in dieser Hinsicht eine kompetente Begleitung wünscht beim Sterben. Deshalb finde ich es respektlos und arrogant, wie Herr Kunz mit dieser Dimension umgeht.

Gertrud Kümin, Wädenswil ZH

Es wäre wünschenswert, wenn Patienten auf der Palliativstation so sterben könnten, wie es Dr. Kunz darstellt, aber leider ist meine Erfahrung auf einer Palliativstation so ganz anders. Mein verstorbener Partner, erkrankt an akuter Leukämie im Endstadium, ist nach 14 Tagen Aufenthalt von der Palliativstation im Zollikerberg ins Tertianum verlegt worden, obwohl er dies nie gewollt hat. Sein Wunsch, daheim in seinem Haus sterben zu dürfen, wurde nicht respektiert. Das war ein zusätzlicher Schlag für ihn. Drei Tage später war er tot. Dass terminale Menschen aus Kostengründen – wie es geheissen hat: von den Krankenkassen vorgegeben – einfach abgeschoben werden, ist etwas vom Unmenschlichsten. Bei einer solchen Erfahrung ist es verständlich, den Tod zu verdrängen, selbst wenn man eher realistisch denkend gewesen ist. Es würde mich interessieren, wie Palliative Care im Waidspital betrieben wird, ob Sterbende wirklich bis zum Schluss betreut werden oder ob das System berücksichtigt werden muss.

Beatrice Landert, Zollikerberg ZH

Allzu oft gibt es Unsicherheiten – sei es im Spital oder in Alters- und Pflegeheimen. Wer kann mir garantieren, dass ich nicht mehr unnötig gequält werde? Statt zu reanimieren, die Nerven behalten und angesichts des Sachverhalts auf eine Reanimation zu verzichten, ist, was einen erfahrenen Arzt auszeichnet. Wenn aber zum Beispiel im Spital ein diensttuender Arzt vorgibt, dass das Antibiotikum X für den todkranken komatösen Patient die Rettung sein könnte und zu dessen Verabreichung noch eine Magensonde anordnet, erschwert dies die Einhaltung des Versprechens, notfalls die Patientenverfügung durchzusetzen. Folglich ist man frustriert und von Gewissensbissen geplagt. Besonders wenn der Patient keine zehn Stunden später stirbt. Wozu also diese unnötigen, zusätzlichen Qualen? Als Angehöriger ist man auf Rat und Unterstützung durch Fachpersonen angewiesen. Sei es im Alters-Pflegeheim oder in der Palliativpflege: Der Mensch sollte stets im Vordergrund stehen. Es gilt, dem Wohl der Pensionäre zu entsprechen und sie in ihrer letzten Zeit möglichst nicht alleine ihrem Schicksal zu überlassen. Niemand kann diese teils umstrittenen lebenserhaltenden Massnahmen zum Vornherein ausschliessen. Dieser Prozess müsste flexibel, individuell und unter kompetenter Begleitung fortwährend neu evaluiert werden. Um Sterbenden die Angst zu nehmen, genügt es, die Hand zu halten und aufmerksam den Bedürfnissen dessen Folge zu leisten. Hierfür braucht es kein Diplom und kein Fachwissen.

Lisa Büschlen-Kohlbrenner, ehemalige Hospiz-Nachtschwester, Basel

Je länger wir mit chronischen Krankheiten leben müssen, desto mehr brauchen wir die Palliativmedizin. Wie Dr. Kunz sagt: Heute zu sterben, bleibt einzig und allein unsere Entscheidung. Wir können unser Leben verlängern oder selber entscheiden, wann Schluss ist – aber das wird in einer Welt mit endlosen Möglichkeiten immer schwieriger. Auf der einen Seite hat uns die Medizin geholfen, Krankheiten zu besiegen, und auf der anderen Seite müssen wir jetzt mit Patientenverfügungen entscheiden, wann und wie wir für die Ewigkeit bereit sind. Es scheint, dass unsere Gesellschaft das Sterben, den Tod, aus dem Leben verbannt hat und alles versucht, um dieses irgendwie zu überwinden. Aber wollen wir denn wirklich ewig leben? Susanna Geser, Biel

Ist ein klares Engagement für Mensch und Klima unerwünscht?
Es geht FDP, SVP und CVP einzig um den Machterhalt
SonntagsZeitung vom 24. 11. 2019

Die FDP hat den Fehler gemacht, mitzuhelfen, Ruth Metzler durch Christoph Blocher zu ersetzen. Dieser Fehler wurde durch die Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf wenigstens korrigiert. Kein vernünftiger Mensch würde heute wohl noch behaupten, die negative Klimaveränderung sei eine Lüge. Wenn die Grünen im Bundesrat vertreten sind, können sie die Zukunft mitgestalten, statt aus der Opposition zu agieren. Von Ignazio Cassis haben wir in den letzten zwei Jahren nicht viel gespürt – ausser dem unsäglichen Glencore-Tweet. Jetzt hätte er die Chance, den Reset-Knopf doch noch zu finden.

Hans-Ulrich Wanzenried, Zürich

Es ist schon erstaunlich, wie angsterfüllt die bürgerlichen Bundesratsparteien auf eine allfällige Bundesrätin Regula Rytz reagieren. Meist wird zwar den Grünen ein historischer Wahlerfolg attestiert, doch Sprechen mit der erfolgreichen Präsidentin der Grünen kommt nicht infrage. Warum wohl? Ist ein klares Engagement für Mensch, Klima und Umwelt im Bundesrat unerwünscht? Was mich weiter überrascht, ist die fadenscheinige Argumentation der Gefährdung einer «scheinbaren» Stabilität des politischen Systems. Kann tatsächlich eine grüne Bundesrätin ein siebenköpfiges Gremium aus den Angeln heben?

Jürg Schacher, Münsingen BE

Bedrohungen der Zukunft klar definieren
30 Jahre für eine Schweiz ohne Armee
SonntagsZeitung vom 24. 11. 2019

Die Abstimmung über die Abschaffung der Armee vom 26. 11. 1989 war eine der denkwürdigsten. Nicht nur, weil über 35 Prozent des Souveräns einer totalen Abschaffung der Armee zustimmten, sondern auch, weil sie in den Medien weltweit Beachtung fand. In der Aufarbeitung der Abstimmung werden die positiven Impulse, Erkenntnisse und Herausforderungen, die diese in der Welt einzigartigen und nur in der direkten Demokratie möglichen Abstimmungen bewirkten, nicht analysiert. Diese gilt es zu benennen, wenn wir dazu stehen, dass die Armee immer noch Spiegelbild der Schweiz im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wandel mit anderen neuen wahrgenommenen Bedrohungen ist. In unserer direkten Demokratie ist der Armeeangehörige immer auch Stimmbürger und bestimmt über die Zukunft, Ausgestaltung und Ausrüstung der Armee. Er tut dies mit seinen individuellen Erfahrungen und Überlegungen in Übereinstimmung mit seinen lebens- und existenznahen Sicherheitsbedürfnissen. Was wir in der Truppe erlebten, nämlich überzeugender zu informieren, wieso wir ein Sicherheitsinstrument brauchen, gilt heute noch viel mehr für Politik, VBS und Armee. Die Armeeabschaffungsinitiativen und die angetretenen Gegenkräfte zwingen uns zur Selbsterkenntnis, zur Lagebeurteilung und zu ehrlicher, sachlich offener Kommunikation. Ehrliche und offene Kommunikation heisst, die Bedrohungen der Zukunft klar zu definieren und die Sicherheitsbedürfnisse einer modernen Gesellschaft im Wandel zu berücksichtigen. Schaffen wir das nicht im politischen Diskurs, dann sind Politik, VBS und Armee – und wir Bürgerinnen und Bürger – selbst schuld. Die Abstimmung über die Bodluv-Vorlage wird zeigen, wo die Präferenzen des Schweizer Souveräns liegen, ob wir uns angesichts sich verdüsternder Bundesfinanzen und zahlreichen innenpolitischen Herausforderungen noch einen Kampfjet leisten können oder ob eine moderne, weit kostengünstigere Luftabwehr eine Mehrheit findet.

Roger E. Schärer, Trin Mulin GR

Die volkswirtschaftlichen Kosten der Schweizer Armee sind hoch. Ein europäischer Ländervergleich dieser Kosten pro Kopf und pro Quadratkilometer Fläche wäre als Basis der politischen Diskussion über die Zukunft unserer Armee nützlich.

Alex Schneider, Küttigen AG

Die KPT arbeitet nicht mit Vermittlern
Bald ist Schluss mit dem Telefonterror
SonntagsZeitung vom 24. 11. 2019

Am letzten Sonntag erschien in dieser Zeitung ein Artikel über eine geplante Branchenvereinbarung der Krankenkassen, die lästige Anrufe von Maklern künftig verbieten und überrissene Vermittlerprovisionen beschränken wollen. So weit, so gut. Fälschlicherweise wurde im Artikel aber suggeriert, dass sich die KPT an diesen Branchenstandards nicht beteiligen wird. Das trifft nachweislich nicht zu – im Gegenteil. Tatsächlich verzichtet die KPT als einzige grosse Krankenkasse schon seit Jahren auf Vermittler, unerwünschte Telefonanrufe und Kalt-Akquise. Wir setzen konsequent auf die persönliche und engagierte Beratung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Entsprechend freut es uns, dass sich nun auch die anderen grösseren Versicherer den von der KPT gesetzten Standards annähern wollen. Reto Egloff, CEO der KPT, Bern

Nicht nur den Preis für die Entscheidung gewichten
Maniküre mit Schönheitsfehlern
SonntagsZeitung vom 24. 11. 2019

In den letzten Jahren sind viele Kleinbetriebe mit einem bestimmten Lebensmittelsortiment aufgekommen – etwa Pizza- und Dönerläden. Neuester Trend sind Barbershops und Nagelstudios. Diese bieten einen Service zu, um es dezent zu sagen, Nichtmarktpreisen an. Wie kann ein Haarschnitt für 20 bis 25 Franken rentieren? Wie eine 30-minütige Maniküre für 30 Franken? Haben diese Studios etwas, was die anderen nicht können betreffend Kostenstruktur? Oder haben sie einfach die besseren Prozesse? Fragen über Fragen. Zum einen sollte der Staat vermehrt kontrollieren, ob auch alle arbeitsrechtlichen Gesetze eingehalten werden. Zum anderen sollte der Kunde besser hinsehen und nicht nur den Preis für seine Entscheidung gewichten.

François Vogel, Basel